

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1990

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1990



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Es ist Zeit für Wettbewerb und Innovation

Jürg Grossen, Präsident, Nationalrat, Mitglied KVF-N

Es ist Zeit für Wettbewerb und Innovation.

Die Grünliberalen wollen eine Schweiz, die mit Pioniergeist vorangeht. So wie es unsere Vorfahren getan haben, als sie zum Beispiel die grossen Wasserkraftwerke und Tunnel bauten und von der Schweiz aus die Eisenbahn elektrifizierten. Der Pioniergeist lebt, unsere Hochschulen und Unternehmen leisten seit Jahrzehnten fantastisches.

Und was macht die Politik? Während in den angesprochenen Zeiten politisch die Weichen für Grosses gestellt wurden, dominieren heute Stillstand und Ideenlosigkeit. Vielerorts scheint vergessen, dass unser Wohlstand auf Innovation basiert. Und dass der Staat dafür Rahmenbedingungen setzen muss, welche diese Innovation in einem fairen und freien Wettbewerb ermöglichen.

Neue Technologien werden politisch zunehmend wegreguliert und fairer Wettbewerb verhindert, statt darin eine Chance zu sehen. Nicht selten mit Unterstützung der staatsnahen Unternehmen. Und der Bund verbaut Milliarden in Teer, Beton und Kupfer, statt endlich auf eine moderne und intelligente Infrastruktur zu setzen.

Kurz gesagt: Im Bundeshaus dominieren momentan Protektionismus, Innovationsfeindlichkeit und das Sichern von alten Pfründen.

Eine solche Politik schwächt die Innovations- und Wirtschaftskraft der Schweiz und damit unseren Wohlstand.

Aber, meine Damen und Herren, nicht mit den Grünliberalen! Wir wollen innovative Geschäftsmodelle nicht wegregulieren, sondern ermöglichen. Wir wollen mehr Wettbewerb, mit gleich langen Spiessen für alle Marktteilnehmer. Und wir wollen, dass der Bund bei seiner Infrastruktur in moderne Technologien und nicht in Instrumente aus dem letzten Jahrtausend investiert.

Ich konkretisiere das anhand von drei Forderungen:

1. Mehr Innovation statt Protektionismus

Regelmässig werden im Parlament Gesetze beschlossen, die nicht der Volkswirtschaft als Ganzes, sondern den Interessen einzelner Branchen oder Unternehmen dienen. So wurde auf neue Buchungsplattformen mit einer Lex-Booking.com reagiert, welche überregulierend eingreift. Im Fernmeldewesen wäre dank der technologischen Entwicklung endlich mehr Wettbewerb möglich. Stattdessen beschliesst das Parlament eine Lex Swisscom. Damit wird der sich mehrheitlich in Staatshand befindende Konzern vor fairem, wirksamem Wettbewerb geschützt respektive bevorteilt. Und auch die Sharing Economy wird auf diversen Ebenen bekämpft. Statt die Digitalisierung als Chance zu erkennen, wird Protektionismus betrieben.

2. Mehr Wettbewerb statt Staatsunternehmertum

Neben dem Service public im Sinne eines Grundangebots bieten heute fast alle staatsnahen Unternehmen auch Leistungen auf dem freien Markt an und konkurrenzieren damit die Privatwirtschaft. Das betrifft zum einen Unternehmen im Besitz des Bundes wie die Post, die Ruag oder die Swisscom. Es betrifft aber auch kantonale Energieversorger, IT-Unternehmen oder Gebäudeversicherungen. Diese Entwicklung ist wettbewerbspolitisch problematisch. Denn es handelt sich nicht um einen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen. Die staatlichen Konzerne verfügen dank des Monopolbereichs über eine enorme Marktmacht. Sie haben einen gesicherten Zugang zu allen Kunden im Monopolgebiet. Und schliesslich gibt es verzerrende Querfinanzierungen innerhalb dieser Staatsbetriebe. Der Fall Postauto belegt das eindrücklich.

Wir wollen nicht dogmatisch privatisieren. Das Schienennetz oder auch die Stromnetze sind natürliche Monopole. Bei solchen Generationenprojekten kommt dem Staat eine Schlüsselrolle zu. Die Staatsunternehmen sollen sich aber wieder auf den eigentlichen Service public fokussieren und nicht immer in neue, private Märkte vordringen. Die Teilprivatisierung der RUAG ist beispielsweise ein erster richtiger Schritt. Weitere müssen folgen. Allen voran muss die Postfinance privatisiert werden.

3. Mehr Intelligenz statt Teer, Beton und Kupfer

Der Bund gibt für seine Infrastrukturen nach wie vor Milliarden aus. Statt auf die Herausforderungen mit zeitgemässen Lösungen zu antworten, fliessen Unsummen Steuergelder in Rezepte aus dem letzten Jahrtausend.

Auf Steigerungen der Verkehrsnachfrage wird immer noch gleich reagiert: mit Ausbau. Sprich: das Geld fliesst in Teer und Beton. Dabei haben unsere Strassen ausserhalb der Spitzenzeiten schon heute massive Überkapazitäten. Intelligente Verkehrsmanagementsysteme, moderne Arbeits- und Schulmodelle sowie ein Mobility Pricing können dieses Problem lösen. Damit würden wir viel Geld sparen, die Umwelt weniger belasten und erst noch den Komfort für alle erhöhen.

Auch beim Energiesystem dominieren zentrale Versorgung und dicke Leitungen vor Intelligenz. Bei der Stromversorgung wird laufend mehr Geld in den Bau von Kupferleitungen gepumpt. Wir wollen stattdessen die Rahmenbedingungen für eine effizientere und dezentrale Stromversorgung schaffen, wir wollen Smart Grids statt einer Kupferschlacht. Die Technologien sind seit zehn Jahren vorhanden, aber die Energieversorger und die Politik sind im Tiefschlaf, gebaut wird wie vor dreissig Jahren! Gerade die Digitalisierung ermöglicht ganz neue Dimensionen im Umgang mit Energie, insbesondere bei Energieeffizienz und der dezentralen Energieproduktion. Praktisch jedes Gebäude kann und muss ein Kraftwerk werden und mit möglichst viel selbst erzeugter Energie versorgt werden.

Die Grünliberalen wollen mehr Innovation statt Protektionismus, mehr Wettbewerb statt Staatsunternehmertum und mehr Intelligenz statt Teer, Beton und Kupfer:

Es ist Zeit für Wettbewerb und Innovation!

Es ist Zeit für die offene, liberale Schweiz

Kathrin Bertschy, Vizepräsidentin, Nationalrätin, Mitglied WAK-N

Es ist Zeit für die offene, liberale Schweiz.

Wir wollen eine Schweiz, die enge Beziehungen zu anderen Staaten pflegt. Weltweit, aber ganz besonders in Europa. Offenheit gegen aussen. Aber auch im Innern: Wir wollen eine gesellschaftsliberale Schweiz, die offen ist für die Vielfalt der Lebensformen, diese ermöglicht und nicht einschränkt.

Die Weiterentwicklung des bilateralen Weges über ein Rahmenabkommen ist eine grosse Chance für uns. Für Wirtschaft, Forschung und Gesellschaft gleichermaßen. Nur mit einem Rahmenabkommen können Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen auch künftig gleichberechtigt in ganz Europa verkaufen. Unsere Hochschulen werden weiter von europäischen Forschungsprogrammen profitieren und unsere Studierenden behalten den freien Zugang zu europäischen Universitäten. Schliesslich können bei zentralen Themen wie Energie, Börse oder Forschung neue Verträge abgeschlossen werden, die unserem Land neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

In Bundeshaus dominieren leider Angst und Zweifel. Die Bedenkenträger haben Hochkonjunktur. Und so verschanzen sich die vereinigten Abschotter von links und rechts hinter einem überholten Verständnis von Souveränität und möchten die Schweiz am liebsten unter eine Käseglocke stellen.

Wir treten diesem Protektionismus entschieden entgegen. In der Schweiz darf nicht die Haltung Überhand nehmen, dass die Bilateralen ein notwendiges Übel sind. Kein Land profitiert mehr vom europäischen Binnenmarkt als die Schweiz. Dass es uns so gut geht, das verdanken wir dieser Zusammenarbeit, dieser Offenheit.

Wir wollen auch eine offene und liberale Schweiz im Innern. Die offen ist für die Vielfalt der Lebensformen. Die Chancen eröffnet, statt ein Lebensmodell vorgibt. Dafür braucht es etliche Reformen. Lebens- und Familienmodelle sollen vom Staat nicht mehr gewertet, sondern gleich behandelt werden.

Es ist ein Armutszeugnis, dass konservative Länder auf der ganzen Welt die Ehe für alle eingeführt haben und das Thema bei uns seit Jahren verzögert wird. Ebenso, dass die Schweiz in Bezug auf die Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben im internationalen Vergleich weit hinten liegt, weil wir über verschiedene Gesetze nach wie vor das Familienmodell der Nachkriegszeit fördern, statt im neuen Jahrhundert anzukommen.

Die vom Bundesgericht beschlossene Wiederholung der Abstimmung über die Volksinitiative „Für Ehe und Familie“ bietet dem Parlament die Chance für einen liberalen Befreiungsschlag. Eine Individualbesteuerung ist die einzig faire Lösung. In einer modifizierten Version bietet sie die Möglichkeit, nicht nur die sogenannte Heiratsstrafe abzuschaffen, sondern auch die Erwerbsanreize für Zweitverdienende – meist Frauen – massiv zu verbessern. Damit bekämpfen wir nicht nur den Fachkräftemangel und tragen so zum Wohlstand in der Schweiz bei – wir verbessern auch die Gleichstellung von Frau und Mann, indem sich die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen viel mehr lohnt.

Deshalb haben wir drei konkrete Forderungen für die offene, liberale Schweiz:

1. Sichern wir das bilaterale Erfolgsmodell mit dem Rahmenabkommen. Und zwar rasch.

Auf unserem Tisch liegt ein gutes Verhandlungsergebnis. Fast alle Unternehmen, Hochschulen und Wirtschaftsverbände stehen klar hinter dem Rahmenabkommen. Und sie alle brauchen rasch Rechtssicherheit. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er endlich Leadership übernimmt und das Abkommen unterzeichnet. Die Zeit drängt.

Wir wollen die gemeinsamen Werte der Schweiz und ihrer europäischen Partner wie die Menschenrechte und die Demokratie schützen und stärken. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz und der EU in

Europa gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teilnehmen oder Bildung erwerben können. Und wir wollen, dass Güter und Dienstleistungen innerhalb von Europa ohne Hürden frei bewegt und gehandelt werden können.

2. Mit der Individualbesteuerung für Fairness und gegen den Fachkräftemangel

Das Arbeitskräftepotential wird in der Schweiz bei Weitem nicht ausgeschöpft. Viele gut ausgebildete Frauen arbeiten weniger, als sie gerne würden. Das verstärkt den Fachkräftemangel. Einer der Hauptgründe ist die überproportional hohe Steuerbelastung auf dem Zweitverdienst, die einen grossen Teil des zusätzlichen Einkommens wegfrisst. Die Lösung für dieses Problem ist die Einführung der Individualbesteuerung. Leider sind Anläufe zu ihrer Einführung in der Vergangenheit bisher gescheitert. Die vom Bundesgericht beschlossene Wiederholung der Abstimmung über die Volksinitiative „Für Ehe und Familie“ bietet dem Parlament die Chance auf einen Gegenvorschlag. Eine clever ausgestaltete Individualbesteuerung, wie sie Angestelltenverbände, die alliance F und Avenir Suisse jüngst gefordert haben, würde die Erwerbsanreize für Zweitverdienende verbessern, die Erwerbsbeteiligung der Frauen erhöhen und damit zum Wohlstand in der Schweiz beitragen.

3. Die Ehe für alle ist eine Selbstverständlichkeit

Die Ehe für alle ist ein längst fälliger Schritt, um die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare zu beseitigen und gleiche Rechte und Pflichten für alle zu schaffen. Dabei ist sie eine liberale Selbstverständlichkeit. Menschen heiraten, weil sie ihre Lebensgemeinschaft auf eine dauerhafte Basis stellen wollen. Sie möchten sich gegenseitig finanziell absichern oder gegenüber der Gesellschaft ihre Verbundenheit ausdrücken. Einem Teil der Gesellschaft werden die Rechte der zivilen Ehe nach wie vor verweigert. Ihnen steht mit der eingetragenen Partnerschaft bis heute nur eine Ehe zweiter Klasse zur Verfügung. Das ist eines modernen Rechtsstaates unwürdig und nicht mehr zeitgemäss. Unsere 2013 eingereichte parlamentarische Initiative muss endlich umgesetzt werden.

Zusammengefasst. Wir müssen Hürden abbauen, welche unsere freie und vielfältige Gesellschaft und Wirtschaft heute einschränken. Es ist Zeit für die offene, liberale Schweiz.

Es ist Zeit, die Umwelt und das Klima zu schützen

Martin Bäumle, Vizepräsident, Nationalrat, Mitglied UREK-N

Es ist Zeit, die Umwelt und das Klima zu schützen.

Wir wollen eine Schweiz, die beim Klimaschutz und bei sauberen Technologien international eine Vorreiterrolle einnimmt. Und wir wollen eine Schweiz, die unsere Lebensgrundlagen, die Natur und die Biodiversität schützt.

Diese ökologische Trendwende ist möglich, sie ist überreif. Und wenn wir sie richtig umsetzen, ist sie erst noch eine grosse Chance für unsere Wirtschaft. Die Verbindung von Umwelt und Wirtschaft ist der Ursprungsgedanke der Grünliberalen. Dazu gehört, dass wir rasch den Übergang vom heutigen Förder- hin zu einem Lenkungssystem mit den richtigen Anreizen vollziehen.

Leider ist die Klimapolitik des Bundesrates weit davon entfernt. Der Nationalrat hat das CO₂-Gesetz letzten Dezember noch massiv verschlechtert: Kein Inlandziel. Keine Qualitätssicherung bei CO₂-Kompensationen im Ausland. Kein Klimaschutz beim Strassen- und Flugverkehr. Das Resultat war schlechter als das heutige Gesetz. Die Mehrheit des heutigen Parlaments will den Klimaschutz ins Ausland und auf die kommenden Generationen abschieben, da machen wir nicht mit.

Zum Glück sind die Bevölkerung und insbesondere die Jugend erwacht. Es brauchte einen Weckruf. Eine Bundesratspartei versucht sich deshalb gerade neu zu erfinden. An deren Adresse nur eines: Ja, Klimaschutz ist zentral, und nein, neue Kernkraftwerke sind sicher nicht die Lösung. Wir helfen bestimmt nicht dabei, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Die Kernenergie ist riskant, unwirtschaftlich und die Abfallproblematik ist nach wie vor ungelöst. Auch da soll die ganze Last auf die kommenden Generationen abgeschoben werden. Das hat auch die Bevölkerung erkannt und den schrittweisen Ausstieg beschlossen. Ein weiser Entscheid.

Es besteht aber auch in anderen ökologischen Bereichen dringender Handlungsbedarf. Ich denke an die Landwirtschaftspolitik. Obwohl der Staat die Landwirtschaft jedes Jahr mit Milliarden unterstützt, wird bis heute kein einziges Umweltziel erreicht. Die Folge sind Biodiversitätsverlust, Düngerüberschüsse sowie Gewässer- und Bodenbelastungen. Statt dies zu erkennen, wird die Trinkwasserinitiative vom Bundesrat ohne Gegenvorschlag abgelehnt.

Im Herbst kommt es deshalb zu einer klima- und umweltpolitischen Schlüsselwahl.

Ich möchte drei konkrete Forderungen herausgreifen, mit denen wir in der kommenden Legislatur entscheidende Weichen für uns und die kommenden Generationen stellen wollen:

1. Die Schweiz wird zur Vorreiterin beim Klimaschutz

Das CO₂-Gesetz wird in dieser Legislatur wohl kaum zu Ende beraten. Zum Glück muss man sagen. Denn nur mit einem neu zusammengesetzten Nationalrat haben wir die Chance, einen klimapolitischen Befreiungsschlag zu machen. Wir müssen dem Klimaabkommen von Paris gerecht werden. Dafür brauchen wir ein ambitioniertes Inlandziel und Qualitätssicherung bei der CO₂-Kompensation im Ausland. Vor allem braucht es aber wirksame Massnahmen, und zwar neben den Gebäuden auch beim Strassen- und Flugverkehr, die bislang stets verschont wurden.

2. Die Schweiz muss zum Cleantech-Standort Nummer 1 werden.

Mit der Energiestrategie haben wir den Atomausstieg und eine Dezentralisierung der Stromversorgung auf der Basis «Energieeffizienz und Erneuerbare» beschlossen. Und mit einem griffigen CO₂-Gesetz können wir einen weiteren wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Diese Gesetze bieten intelligent angewendet grosse Chancen für unsere Wirtschaft. Das erreichen wir insbesondere, wenn wir den Übergang vom Fördern zum Lenken rasch und konsequent umsetzen. Damit werden Subventionen und viele Regulierungen überflüssig.

Immer noch vergeuden wir sehr viel Energie ungenutzt, weil sie zu wenig kostet. Dabei ist die wertvollste Kilowattstunde diejenige, welche nicht verbraucht wird, denn diese muss nicht produziert, transportiert und gespeichert werden. Mit einem verursachergerechten Energiepreis würden Energieeffizienzmassnahmen endlich rentabel und die längst vorhandenen Cleantech-Lösungen würden umgesetzt. Investitionen in erneuerbare Energien sind bei einer Vollkostenrechnung der fossilen Energie schon heute wirtschaftlich überlegen. Das gilt erst recht gegenüber der Kernkraft. Und auch der dringend nötige Umstieg auf eine umweltfreundlichere Mobilität wird mit den richtigen Anreizen rasch erfolgen. Wenn die Schweizer Wirtschaft auf Cleantech setzt, wird eine riesige neue Exportbranche entstehen, denn die ganze Welt muss das Klimaabkommen von Paris umsetzen. Die Schweiz muss erneuerbar werden und dies ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll.

3. Die Schweiz schützt die natürlichen Lebensgrundlagen und die Biodiversität

Die Biodiversität und die Wasserqualität in der Schweiz sind bedroht. Wir subventionieren heute die Verschmutzung des Trinkwassers, der Böden und die Zerstörung der Biodiversität sowie der Lebensgrundlagen der Landwirte selber. Das darf so nicht weitergehen. Diese Fehlanreize in der Landwirtschaft müssen endlich beseitigt werden. Allen voran die Überdüngung (Stickstoff, Ammoniak) und der überhöhte Einsatz von Pestiziden. Sonst gefährden wir unser Trinkwasser und die Biodiversität. Hier braucht es in der nächsten Legislatur einen fundamentalen Richtungswechsel. Der Bund soll den Pestizideinsatz nicht weiter fördern, sondern die Verwendung risikoreicher Pestizide aus der Direktzahlungsberichtigung ausschliessen. Und einen Absenkpfad für Stickstoffemissionen von 30% innerhalb von 10 Jahren durchsetzen – wenn sich die Branche nicht einigt, dann mit einer Lenkungsabgabe auf Futtermittelimporten. Diesen Antrag werden wir diese Woche in der Wirtschaftskommission des Nationalrats stellen, als umsetzbaren Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative. Das sind **liberale** Ansätze, die gut geeignet sind, Trinkwasser, Böden, Insekten und Vögel zu schützen. Es braucht einen griffigen Gegenvorschlag oder sonst die Unterstützung der Trinkwasserinitiative.

Sie sehen, es gibt enormen ökologischen Handlungsbedarf. Beim Klimaschutz, aber auch weit darüber hinaus. Wir wollen eine Schweiz, die Vorreiterin beim Klimaschutz ist, die das als Chance für die Wirtschaft erkennt und welche die natürlichen Lebensgrundlagen und die Biodiversität wirksam schützt.

Es ist Zeit, die Umwelt und das Klima zu schützen.

Créateurs d'avenir : s'engager pour les générations futures

Isabelle Chevalley, vice-présidente, Conseillère nationale

Comment créer un avenir pour les générations futures ?

Grâce à une Suisse libre, ouverte et connectée au monde
Grâce à une Suisse et une planète dont l'environnement et le climat sont préservés
Grâce à une Suisse innovante avec davantage de libre-concurrence

L'écologie n'est pas un slogan de campagne, c'est une réflexion qui doit accompagner chacune de nos décisions, qu'elles soient politiques, entrepreneuriales ou individuelles.

C'est un état d'esprit avant d'être un mot.

Une Suisse libre, ouverte et connectée au monde

Nous nous sommes toujours engagés pour une Suisse ouverte et connectée au monde et nous continuerons à le faire. On ne peut pas créer de la richesse et de l'emploi en s'isolant. Cela n'a jamais fonctionné et ne fonctionnera jamais. Les jeunes l'ont bien compris. Ils sont très mobiles et voient la diversité culturelle comme une richesse. Ils n'ont pas peur. Alors pourquoi ce qui est vrai pour notre jeunesse ne le serait pas pour notre pays ?

L'accord-cadre avec l'UE est une chance pour nos entreprises. Lorsque l'on échange un milliard de CHF par jour ouvrable avec nos voisins, il est irresponsable de mettre en péril cette économie.

Nous voulons aussi une Suisse ouverte vers des modes de vie différents. Nos modes de vie évoluent et nous devons évoluer avec. Ce n'est pas à l'État de prescrire comment deux êtres doivent vivre ensemble. Mais cet objectif exige de nombreuses réformes et nous comptons bien les mener à commencer par notre initiative parlementaire lancée en 2013 qui doit enfin être mise en œuvre.

Une société moderne doit inclure les femmes. La taxation disproportionnée du deuxième revenu des couples mariés dissuade de nombreuses femmes à reprendre un travail. Cela amène un gaspillage de compétence important. L'imposition individuelle peut résoudre cela. Le jugement du Tribunal fédéral offre la possibilité au Parlement de revoir la loi rapidement.

Une Suisse et une planète dont l'environnement et le climat sont préservés

Préserver notre climat est une chance pour notre économie. La Suisse a la capacité d'atteindre les objectifs de Paris tout en misant sur son économie. Une économie qui ne tient pas compte de l'écologie n'est pas durable mais une écologie qui ne tient pas compte de l'économie n'est pas durable non plus.

Nous devons reprendre la loi sur le CO₂ qui à l'heure actuelle ne nous permet pas d'atteindre les objectifs de Paris. Les élections de cet automne redonnent une chance aux forces progressistes de reprendre le pouvoir pour changer cela. La balle est dans le camp des citoyens. A eux de nous dire ce qu'ils veulent réellement. De fausses bonnes idées comme le retour au nucléaire ou une réelle politique énergétique et climatique qui offre des opportunités importantes à notre pays. Nous investissons beaucoup d'argent dans la recherche et l'innovation, nous avons des Hautes écoles performantes et une formation professionnelle efficace. La Suisse peut et doit devenir le leader mondial du Cleantech.

La biodiversité n'est pas un gadget pour citoyen en mal de nature. C'est une des clefs de la vie sur terre. Sans biodiversité qui sait ce qui se passera pour l'espèce humaine. Sauver un papillon, sauver un arbre, sauver un mammifère, c'est d'abord sauver l'homme. Nous faisons partie d'un tout et ce tout ne survivra pas si des pans entiers disparaissent.

« Lorsque l'homme aura coupé le dernier arbre, pollué la dernière rivière et tué le dernier animal, alors il se rendra compte qu'il ne peut pas manger l'argent. » (proverbe amérindien)

Les agriculteurs doivent comprendre que si on ne préserve pas l'eau, les sols et la biodiversité, ils n'auront plus de travail. Nous ne voulons pas une révolution agricole, mais une évolution. Dans ce sens, nous regrettons que le Conseil fédéral et les milieux concernés rejettent tout contre-projet aux initiatives visant à utiliser moins de pesticide. Nous reviendrons avec des propositions concrètes allant dans le sens de ces deux initiatives populaires.

Une Suisse innovante avec davantage de libre-concurrence

La libre-concurrence n'est pas un gros mot. C'est un moyen de stimuler l'innovation et d'offrir les meilleurs prix aux consommateurs. Les cartels ne proposent pas des meilleurs produits et ne paient pas mieux leurs employés. Pourtant, la tendance politique est clairement au protectionnisme en tout genre. On a créé une [lex-Booking.com](#), on protège [Swisscom](#), les CFF renoncent au train de nuit, mais le Conseil fédéral ne veut pas lancer d'appel d'offre.

Une telle politique affaiblit la capacité d'innovation et la puissance économique de la Suisse et, donc, sa prospérité. Certains ont peur des nouvelles technologies et y mettent un frein en les surréglementant. Mais la peur n'a jamais été bonne conseillère. Certains avaient aussi peur que le train fasse tourner le lait des vaches...

Au lieu de profiter des opportunités que nous offre la digitalisation, nous préférons continuer de bétonner notre pays. Nous dépensons beaucoup d'argent pour des réseaux de transport d'électricité, au lieu d'investir dans la décentralisation de ce même réseau.

Nous gaspillons non seulement de l'argent mais également du temps.

On observe des entités comme Postfinance : en main de l'État, cette entreprise va concurrencer directement le milieu bancaire, mais pas avec les mêmes règles du jeu. Il devient urgent de privatiser Postfinance.

Il faut différencier ce qui doit rester en main de l'État pour des raisons évidentes comme le réseau de transport de l'électricité de ce qui peut être privatisé comme RUAG. Les entreprises d'État doivent se concentrer sur le service public et ne pas pénétrer des marchés privés.

En conclusion

Les vert'libéraux ne se contentent pas de promesses. Nos multiples interventions et votes au Parlement depuis maintenant trois législatures le prouvent.

Nous nous réjouissons d'aller à la rencontre des citoyens qui veulent avec nous créer l'avenir !